

Leserbrief zum Artikel „Es gibt zeitliche Risiken“ v. 8.9.2010

Es ist erfreulich, dass Autobahnsenatorin Hajduk nun einräumt, dass die Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße bis zum Beginn der igs und der IBA mit zeitlichen Risiken verbunden ist. Ich bin gespannt zu welchem Zeitpunkt sie den Hamburgern die volle Wahrheit zur geplanten Verlegung sagen wird.

Wenn sie behauptet, dass der Knackpunkt für den Zeitplan die Kirchdorfer Eigenheimer sind, so ist dies allerdings weniger als die halbe Wahrheit. Der Wahrheit näher kommt man, wenn man den von der Behörde selbst erstellten Zeitplan zugrunde legt. Dieser geht von 13 Monaten für das gesamte Planfeststellungsverfahren, von 6 Monaten für weitere Planungs- und Umsetzungsschritte und für Enteignungen und von 24 Monaten für die Bauausführung aus. Man braucht nicht einmal einen Taschenrechner um dann auf einen Mindestzeitbedarf von 43 Monaten zu kommen. Wenn also das Planfeststellungsverfahren im November in Gang gesetzt werden sollte, ist nach der behördeneigenen Zeitplanung der **früheste Fertigstellungstermin Mai 2014**. Bei diesem Termin haben die Kirchdorfer noch gar nichts zur Zeitverzögerung beigetragen.

Wenn Autobahnsenatorin Hajduk bei der Bauphase einfach 1 Jahr Bauzeit unterschlägt („Baubeginn ab Anfang 2012, Inbetriebnahme Anfang 2013“), dann führt sie die Menschen bewusst und in dreister Weise hinters Licht.

Senatorin Hajduk versucht jetzt mit aller Macht die Verlegung durchzusetzen, obwohl schon jetzt klar ist, dass selbst unter optimalen Vorraussetzungen eine Verlegung nicht bis zur Eröffnung von igs und IBA möglich ist, sondern frühestens erst ein Jahr später.

Damit ist klar, wenn Senatorin Hajduk nicht gestoppt wird, werden wir während der igs und IBA ein Verkehrschaos erster Güte und unzumutbare Provisorien in Wilhelmsburg erleben.

Mich ärgern die in diesem Artikel zitierten Äußerungen von Senatorin Hajduk. Ich halte es für pure „Schönrednerei“, wenn sie optimalen Lärmschutz verspricht. Schaut man dann einmal in die Planungsunterlagen so wird aus dem „optimalen Lärmschutz“ der gesetzlich sowieso vorgesehene Mindestlärmschutz. Dies nenne ich versuchte Volksverdummung.

Weil sich dieser Verdummungsversuch wie ein roter Faden durch die Planungen der Senatorin zieht, trifft sie auf den nachhaltigen Widerstand bei vielen Wilhelmsburgern. Glaubwürdige und der Wahrheit verpflichtete Politik sieht anders aus, von grüner Umweltschutzpolitik kann jedenfalls keine Rede sein.

Hartmut Sauer
Auf der Höhe 19
21109 Hamburg